

# **12. Integrationsministerkonferenz 2017**

**am 16. und 17. März 2017 in Friedrichshafen**

## **TOP 2.15**

### **Aufruf zur sachlichen Auseinandersetzung über Zuwanderung und Integration**

**Antragsteller: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen**

#### **Die IntMK hat mehrheitlich beschlossen:**

1. Weltweit erlebt der Populismus gerade eine Konjunktur. Dies trifft nicht nur auf Länder Europas und Amerikas zu, sondern auch auf Deutschland. Hierbei werden die Flüchtlingszuwanderung und die wachsende Verunsicherung der Bevölkerung zunehmend politisiert.
2. Es ist gleichzeitig absehbar, dass populistische Bewegungen die Wahlkämpfe im Wahljahr 2017 nutzen werden, um mit pauschalen Vorwürfen Stimmung nicht nur gegen Zugewanderte zu machen, sondern auch gegen alle, die für eine humane Flüchtlingspolitik stehen.
3. Vielfältige Lebensentwürfe und Erfahrungen sind gelebte Realität in Deutschland. Unsere demokratische Grundordnung und die Förderung von gesellschaftlicher Vielfalt setzen einen konstruktiven Umgang mit ihr voraus. Politik, staatliche Institutionen und Zivilgesellschaft sind aufgefordert, sich Strategien und Kompetenzen anzueignen, um auf den unterschiedlichen Handlungsebenen konstruktiv und verantwortungsvoll zu agieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.
4. Die Integrationsministerkonferenz (IntMK) ruft vor diesem Hintergrund zu einer sachlichen und fairen Debatte über Zuwanderung und Integration auf. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland, gegenseitiger Respekt und Toleranz für vielfältige Lebensentwürfe sind ein hohes, schützenswertes Gut. Sie stimmt darin überein, dass sich

Einwanderungs- und Integrationsthemen nicht für populistische Zuspitzungen und holzschnittartige Polemiken eignen.